

# EU-Gelder für Judenmord?

## Zwischen geheuchelter Solidarität und offenem Antizionismus – wie Deutschland und die EU gegen Israel arbeiten

Außenminister Fischer hatte gerade auf einem Seminar der Europäischen Kommission den Antisemitismus verdammt, da wurde bekannt, dass zeitgleich in Beirut die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung eine Konferenz gesponsert hatte, auf der Berater und Ideologen der antisemitischen Terrororganisationen Hizbollah und Hamas über „Widerstand und Besetzung“ reden durften. Das ist typisch für die geschickte zweigleisige deutsche Politik gegenüber Israel: freundliche und beruhigende Worte in Richtung Jerusalem, Geld und ideologische Unterstützung für den antisemitischen Terrorkrieg gegen Israel. Gerade mit der Betonung der „besonderen historischen Verantwortung“ will Deutschland sich ins Spiel bringen und Garantiemacht des „Friedensprozesses“ werden. Ziel: Deutsche Blauhelme in Ostjerusalem. Das wäre die ultimative Vergangenheitsbewältigung – und eine Schwächung der USA.

Es ist allseits bekannt, dass die EU Finanzhilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in unverhältnismäßig hohem Umfang zur Verfügung stellt – an niemanden außerhalb der EU wird mehr Geld überwiesen. Dass diese Gelder in schwarze Kassen geflossen sind und immer noch fließen, darauf hat Ilka Schröder in ihrer Tätigkeit als EU-Parlamentarierin unermüdlich hingewiesen. Es ist ebenso bekannt, dass die PA einen brutalen antisemitischen Terrorkrieg gegen Israel finanziert hat. Israel hat entsprechendes Beweismaterial bereits im Sommer 2002 an die Kommission weitergeleitet. Dennoch

versuchen der EU-Außenkommissar Patten, der Generalsekretär der EU Solana und andere Offizielle und Parlamentarier, die EU-Unterstützung für den antisemitischen Terrorkrieg gegen Israel mit blumigen Phrasen über Frieden, Verständigung, Völkerrecht und humanitäre Hilfe zu legitimieren. Die Finanzierung der Destabilisierung Israels war und ist ein breiter Konsens im Europäischen Parlament. Einen Untersuchungsausschuss zu diesem Thema, auf Antrag der Parlamentarierin Ilka Schröder, einzurichten, wurde von den Vorsitzenden der großen Fraktionen erfolgreich verhindert.

Falls die Europäische Kommission, das Parlament und die interessierte Öffentlichkeit tatsächlich wissen wollten, wie Arafat und Konsorten ihren antisemitischen Terrorkrieg finanziert haben: Die israelische Regierung hat umfassendes Faktenmaterial zur Verfügung gestellt. Jeder kann wissen, dass die terroristischen Al-Aqsa-Brigaden eine Kampfeinheit der Regierungspartei Fatah sind, und dass EU-Mittel an die Fatah geflossen sind. Alle, die dazu bisher geschwiegen und aktiv weggesehen haben, haben dafür gesorgt, dass die Ermordung israelischer Bürgerinnen und Bürger weitergehen konnte. Der beschwichtigende Verweis darauf, der IWF kontrolliere den Haushalt der PA, ist falsch – das kann man in jeder IWF-Publikation nachlesen. Es ist bekannt, dass nicht einmal der palästinensische Finanzminister bis Ende 2002 eine Übersicht hatte, wohin und woher Gelder flossen.

**Vortrag und Diskussion  
mit Ilka Schröder (MdEP, parteilos)**

**Montag, 14. Juni, 19.30 Uhr,  
Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, Detmold**

*Veranstalter: Georg-Weerth-Gesellschaft e.V., Detmold*

# **Solidarität mit Israel**

So genannte Antifas aus Detmold und Bielefeld versuchten am 13. April, eine Diskussion mit dem Buch-Autor Karl Selent über die Geschichte des palästinensischen Terrorismus, dessen Kollaboration mit dem Nationalsozialismus und seine antisemitische Ideologie zu vereiteln. Jetzt mobilisiert die „Antifaschistische Aktion Detmold“ (nachfolgend als AA-D bezeichnet) gegen einen Vortrag der Europa-Parlamentarierin Ilka Schröder, die den Nachweis erbracht hat, dass die EU den Terror gegen Israel finanziert. Weil es ihr nicht möglich ist, ihren politischen Standpunkt zu formulieren und ein sachliches Argument gegen diese öffentlichen Veranstaltungen vorzubringen, hat die AA-D kurzerhand die von ihr nie geführte Debatte für beendet erklärt und zeigt sich gewillt, ihr Diskussionsverbot mit Gewalt durchzusetzen. In einem offenen Brief rufen sie ihr Klientel dazu auf, den Vortrag von Ilka Schröder am 14. Juni in der Alten Pauline in Detmold zu verhindern.

Es ist auf den ersten Blick schwer begreiflich, wie Menschen, die sich selber als Antifaschisten bezeichnen, auf die Idee kommen, Terroristen zu verteidigen, die Menschen umbringen, nur weil sie Juden sind. „Antifaschisten“, die jede Solidarität mit Israel, das sich gegen die Mörder verteidigt, unterbinden wollen. So ausgeprägt ist ihre Unduldsamkeit in dieser Frage, dass sie Verbote aussprechen und zur Gewalt greifen, um schon die Diskussion darüber im Keim zu ersticken.

Verständlich wird dieses Verhalten erst, wenn man die politischen Widersprüche in Betracht zieht, in die sich die AA-D verstrickt hat. Als Linke, als Antimperialisten ergreifen sie im Terrorkrieg gegen Israel Partei für die palästinensischen „Befreiungskämpfer“, sodass ihnen der Judenmord, wie einst dem FDP-Politiker Möllemann, als legitimes Mittel des „Widerstands“ erscheint. Ergibt nun die historische Analyse, daß dieser „Befreiungskampf“ vom islamischen Faschismus der Dreißiger- und Vierzigerjahre des vorigen Jahrhunderts inspiriert und in der Allianz mit dem deutschen Nationalsozialismus geprägt wurde, dass die Judenmörder von heute ihrem eigenen Verständnis nach die modernen Vollstrecker der deutschen „Endlösung“ sind, so ist das antiimperialistische mit dem antifaschistischen Selbstverständnis der AA-D nicht mehr in Einklang zu bringen.

Ebenso, wenn die Analyse der deutschen und europäischen Außenpolitik ergibt, daß die Staaten des alten Europa dieselben Feinde Israels unterstützen wie die linke Antifa, so erschüttert dies ihr antiimperialistisches Selbstverständnis. Weil aber das Selbstverständnis der Antifa nicht auf Analyse, sondern auf Ressentiment, Identifikation und Projektion beruht, könnte es einer solchen Analyse und Selbstkritik nicht standhalten. Öffentliche Diskussionen und Vorträge darüber müssen deshalb mit allen Mitteln verhindert werden.

Die Wut, mit der die AA-D auf Kritik reagiert, ist Ausdruck ihres eigenen Versagens. Sie kann den modernen Antisemitismus nicht einmal mehr erkennen, weil er ihrer eigenen Weltanschauung zu ähnlich ist. Wenn die Antifa heute gegen Nazi-Aufmärsche demonstriert, dann trifft sie auf Gegner, die dieselben Symbole (Palästinensertuch und palästinensische Nationalfahne) und dieselben Parolen („USA – internationale Völkermordzentrale!“) verwenden. Das halten die Antifas für einen faulen Trick der Nazis, weil sie die Augen davor verschließen, daß ihr eigener Antizionismus sie in die Reihen der Hamas und Hisb‘ollah und zu deren Blut-und-Boden-Ideologie zieht. Es geht bei der Auseinandersetzung um den Veranstaltungsort nicht bloß um „Meinungsfreiheit“ – eine Freiheit, die sowieso längst zur Straffreiheit für antisemitische Propaganda verkommen ist (von linken, bürgerlichen und rechten Medien tagtäglich gerne in Anspruch genommen). Es geht darum, dass keiner Antifaschist sein kann, der die Judenmörder der Gegenwart verteidigt und dem Staat der Juden das Recht abspricht, sich gegen die antisemitische Bedrohung zur Wehr zu setzen. Antifaschismus und der Kampf gegen Antisemitismus sind mehr als die Vergangenheit betreffende Lippenbekenntnisse. Sie sind ein kategorischer Imperativ für das Handeln in der Gegenwart. Solidarität mit Israel ist Antifaschismus auf der Höhe der Zeit!

Wir reklamieren für uns kein „Recht auf Meinungsfreiheit“, sondern nehmen uns die Freiheit, zu kritisieren, was kritisiert werden muss. Die Vorträge der Europa-Parlamentarierin Ilka Schröder über die deutsche und europäische Politik gegen Israel werden in Detmold und Bielefeld wie geplant stattfinden.

**Detmold: 14. Juni, 19.30 Uhr, Alte Pauline, Bielefelder Straße 3**  
**Bielefeld: 15. Juni, 19.30 Uhr, Universität Bielefeld, H2**